

# **Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution**

und

## **Der kubanische Weg zum Sozialismus**

**Zwei Referate zur Positionierung der DKP  
in den Fragen des Sozialismus und der  
Sozialistischen Staaten**

**Dokumente**

  
**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei

# Vorwort

## **Warum diskutieren wir gerade jetzt die Frage: „Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution“ und den „kubanischen Weg zum Sozialismus“?**

Im Referat sagen wir: Diese Problematik hat auch mit dem hier und heute und nicht nur mit dem Übermorgen zu tun. Ein Verständnis dieser Problematik legt die Grundlage für eine differenzierte Analyse von Staaten, die einen nicht-kapitalistischen Weg proklamieren, gehen wollen oder gehen. Eine differenzierte Herangehensweise ist notwendig, wenn wir uns in Diskussionen einbringen, die vielfach in der kommunistischen Weltbewegung geführt werden und oft die Dynamik haben Unterschiede zu vertiefen. Ohne eine differenzierte Herangehensweise ist das Verständnis globaler Entwicklungen schwer, wird eine Einschätzung des globalen Kräfteverhältnis fehleranfällig.

Wir wollen mit dem heutigen Referat nicht die Frage abschließend beurteilen, wie wir die gesellschaftliche Situation in China, Vietnam und Laos beurteilen. Wir werden uns ebenfalls keine abschließende Bewertung des Reformprozess in Kuba anmaßen. Wir werden an diesem Wochenende keine Position zur KDVR festhalten.

## **Wie lange wollen wir uns mit dieser Frage beschäftigen?**

Wir gehen Stand heute davon aus, dass wir bis zum kommenden Parteitag (vermutlich Anfang 2023) weitergekommen sein werden und ggf. eine Präzisierung unserer Position beschließen werden. Unsere bisherigen Positionen haben wir beim letzten Parteitag unter anderem im Beschluss zur internationalen Arbeit festgehalten.

Mit der Veröffentlichung dieser Referate wollen wir die erste Phase dieser Diskussion beginnen. Wir orientieren darauf, dass möglichst in allen Gruppen der DKP dazu diskutiert wird. Diese erste Phase planen wir als Bildungsthema mindestens bis zum Anfang des kommenden Jahres und wir wollen, dass alle Gruppen der Partei dabei mitmachen.

## **Wird es noch weitere Materialien geben?**

Ja, wir wollen die Diskussion mit einer Bildungszeitung und anderen Formaten begleiten. Diese Bildungszeitung wird dann auch Fragestellungen enthalten, mit denen die einzelnen Kapitel des Referats „Probleme beim Aufbau des Sozialismus“ diskutiert werden können.

---

## **Inhalt**

<b>Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Der kubanische Weg zum Sozialismus</b>	<b>Seite 17</b>

# Herausforderungen und Probleme beim Aufbau des Sozialismus

Von Patrik Köbele

Vorsitzender der DKP

Überarbeitete Fassung eines im Rahmen der 6. Tagung des Parteivorstands der DKP am 19./20. Juni 2021 gehaltenen Referats

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution“ – haben die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten keine wichtigeren Probleme?

Es ist richtig: Mit der proletarischen Revolution ist vorerst nicht zu rechnen. Wir wissen auch nicht, ob eine oder einer der Anwesenden die Chance bekommt, am sozialistischen Aufbau mitzuwirken – viele von uns werden das vermutlich nicht sein. Trotzdem hat diese Problematik mit dem Hier und Heute und nicht nur mit dem Übermorgen zu tun. Ein Verständnis dieser Problematik schafft die Grundlage für eine differenzierte Analyse von Staaten, die einen nichtkapitalistischen Weg proklamieren, gehen wollen oder gehen. Eine differenzierte Herangehensweise ist notwendig, wenn wir uns in Diskussionen einbringen, die vielfach in der kommunistischen Weltbewegung geführt werden und oft die Dynamik haben, Unterschiede zu vertiefen. Ohne eine differenzierte Herangehensweise ist das Verständnis globaler Entwicklungen schwer, wird eine Einschätzung des globalen Kräfteverhältnisses fehleranfällig.

Wir wollen mit dem heutigen Referat nicht die Frage abschließend beurteilen, wie wir die gesellschaftliche Situation in der VR China, Vietnam und Laos beurteilen. Wir werden uns ebenfalls keine abschließende Bewertung des Reformprozesses in Kuba anmaßen. Wir werden an diesem Wochenende keine Position zur KDVR festhalten. Wir wollen an diesem Wochenende eine Debatte eröffnen.

Wir gehen Stand heute davon aus, dass wir bis zum kommenden Parteitag weitergekommen sein werden und dann gegebenenfalls eine Präzisierung unserer Position beschließen werden. Unsere bisherigen Positionen haben wir beim letzten Parteitag unter anderem im Beschluss zur internationalen Arbeit festgehalten.

Die erste Phase der Diskussion eröffnen wir mit dem heutigen Referat. Wir hatten besprochen, auch das Referat von Renate – „Der kubanische Weg zum Sozialismus“ – mit einzubeziehen. Wir wollen das mit einer Bildungszeitung und anderen Formaten begleiten. Diese erste Phase planen wir als Bildungsthema mindestens bis zum Anfang des kommenden Jahres und wir wollen, dass alle Gruppen der Partei dabei mitmachen.

Ich werde mich dem Thema in verschiedenen Kapiteln und mit unterschiedlichen Fragestellungen nähern. Manche sind theoretischer, manche geschichtlicher Art. Manche drehen sich um politische und ökonomische Fragen. Andere beziehen sich auf Fragen des Klassenkampfes und des Kräfteverhältnisses, manche haben das Massen- und Klassenbewusstsein und deren Entwicklung zum Inhalt. Das Problem dabei: Auch wenn ich in Kapitel unterteile – die Fragen hängen zusammen und beeinflussen sich.

## **1. Das Problem der Zeitschiene zwischen der proletarischen Revolution, den Etappen des sozialistischen Aufbaus und der Errichtung der klassenlosen – kommunistischen – Gesellschaft**

Marx und Engels gingen, als sie das „Kommunistische Manifest“ formulierten, von einem recht komprimierten Prozess aus. Sie schrieben:

„Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach

alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.<sup>1</sup>

Im „Manifest“ folgen dann Sofortforderungen. Daran anschließend heißt es:

„Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassegegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“<sup>2</sup>

Lenin analysierte dann den Imperialismus als eine besondere Phase des Kapitalismus. Er kam zu dem Ergebnis, dass es unter den seinerzeit neuen Bedingungen durchaus denkbar sei, dass die proletarische Revolution nicht zuerst in den höchstentwickelten kapitalistischen Staaten siegen könne, sondern möglicherweise im „schwächsten Glied“. Zusammen mit den Erfahrungen der Pariser Kommune führte dies zu Überlegungen, die er noch vor der Oktoberrevolution in seiner Schrift „Staat und Revolution“ niederlegte. Er schreibt dort unter anderem:

„Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann ‚hört der Staat auf zu bestehen, und es kann von Freiheit die Rede sein‘. Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie abzusterben, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach gewöhnen werden, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne den besonderen Zwangsapparat, der sich Staat nennt, einzuhalten.“<sup>3</sup>  
„Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die Produktionsmittel, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw., als Privateigentum an sich zu reißen. Marx zerschlägt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von ‚Gleichheit‘ und ‚Gerechtigkeit‘ schlechthin und zeigt dabei den Entwicklungsgang der kommunistischen Gesellschaft, die gezwungen ist, zunächst nur die ‚Ungerechtigkeit‘ zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst nicht imstande ist, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel ‚nach der Arbeitsleistung‘ (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht.“<sup>4</sup>

1 MEW 4, 481

2 Ebenda, 482

3 LW 25, 476

4 Ebenda, 480

„Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das ‚bürgerliche Recht‘ nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d.h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel. Das ‚bürgerliche Recht‘ sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. Insofern – und nur insofern – fällt das ‚bürgerliche Recht‘ fort.“<sup>5</sup>

„Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen gesellschaftlichen Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung aufhält, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in ‚das erste Lebensbedürfnis‘ führen wird, das wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der höheren Phase des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offenlassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen gibt es nicht.“<sup>6</sup>

Neben der Frage der längeren Dauer der ersten, der sozialistischen Phase geht Lenin hier – vor der Oktoberrevolution – davon aus, dass die Entwicklung der Produktivität von zentraler Bedeutung für die Entwicklung hin zum Ziele einer Gesellschaft ist, deren Credo die Befriedigung der Bedürfnisse aller ist. Wobei er ausdrücklich darauf verweist, dass die Menschen sich erst in der Phase des Sozialismus daran gewöhnen werden, die Regeln des Zusammenlebens ohne Zwang einzuhalten, weil sie vom Kapitalismus befreit sind. Und Lenin geht in dieser Phase davon aus, dass allein die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einen gewaltigen Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte auslösen würde.

Hier musste Lenin wenige Jahre später erkennen, dass dies allein keinen schnellen Automatismus auslöst. Er entwickelte die Notwendigkeit der „Neuen Ökonomischen Politik“; der NÖP. Lenin definierte die NÖP in den Jahren 1920/21. In seinem Referat „Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung“ (1921) führte er aus, dass in den ersten Jahren nach der Revolution der zu schnelle Versuch, zur „kommunistischen Produktion und Verteilung“ überzugehen, zu einer ernsten Niederlage geführt hatte, weil man vergessen hatte, „daß ein langwieriger und komplizierter Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft (und zwar desto langwieriger, je weniger entwickelt sie ist), ein Übergang auf dem Weg der sozialistischen Rechnungsführung und Kontrolle notwendig ist, um auch nur zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft zu gelangen.“<sup>7</sup> Er sagte zur NÖP:

„Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer, bedeutet den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß, das wissen wir nicht. Konzessionen an ausländische Kapitalisten (...), Verpachtung an Privatkapitalisten – das ist eben eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden.“<sup>8</sup>

Zu den Gefahren schrieb er unter der Überschrift „Wer wird siegen – der Kapitalist oder die Sowjetmacht?“:

5 Ebenda, 481  
6 Ebenda, 482 f.  
7 LW 33, 42 f.  
8 LW 33, 42 f.

„Darauf läuft der ganze gegenwärtige Krieg hinaus: Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen – der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selber nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden), oder die proletarische Staatsmacht?“<sup>9</sup>

„Linke“ Kritik an einer hohen Flexibilität gerade auch in ökonomischen Fragen hatte Lenin bereits 1918 zurückgewiesen. In seiner Schrift „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ hieß es:

„Gehen wir nun über zu den Mißgeschicken unserer ‚linken‘ Kommunisten auf dem Gebiet der Innenpolitik. Man kann kaum ohne ein Lächeln solche Phrasen in den Thesen über die gegenwärtige Lage lesen, wie:

„Eine planmäßige Ausnutzung der unversehrt gebliebenen Produktionsmittel ist nur bei entschlossenster Vergesellschaftung denkbar“ ... „Keine Kapitulation vor der Bourgeoisie und ihren kleinbürgerlichen intelligenzlerischen Handlangern, sondern gänzliche Vernichtung der Bourgeoisie und endgültiges Brechen der Sabotage ...“

Diese lieben ‚linken Kommunisten‘, wieviel Entschlossenheit ist bei ihnen zu finden ... und wie wenig Überlegung! (...)

Gestern war das Wesentliche der gegebenen Lage, möglichst entschieden zu nationalisieren, zu konfiszieren, die Bourgeoisie zu schlagen und zu vernichten, die Sabotage zu brechen. Heute sehen nur Blinde nicht, daß wir mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen haben, als wir zu erfassen vermochten. (...)

„Endgültiges Brechen der Sabotage ...“ Da haben sie das Richtige gefunden! Die Saboteure bei uns sind ja völlig ausreichend ‚gebrochen‘: Uns fehlt es an etwas ganz, ganz anderem: an der Festlegung, an welchen Platz wir diese oder jene Saboteure stellen müssen; an einer Organisation unserer Kräfte, damit, sagen wir, ein bolschewistischer Leiter oder Kontrolleur die Aufsicht über hundert Saboteure hat, die in unseren Dienst treten. (...)

Wenn die von uns angeführten Worte ein Lächeln hervorrufen, so ruft die Entdeckung der ‚linken Kommunisten‘, daß der Sowjetrepublik angesichts einer ‚rechtsbolschewistischen Abweichung‘ eine ‚Evolution zum Staatskapitalismus‘ drohe, nun schon geradezu homerisches Gelächter hervor. Da haben sie uns wirklich einen Schreck eingejagt! (...)

Sie haben nicht daran gedacht, daß der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts wäre gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik. (...)

Es hat wohl noch keinen Menschen gegeben, der sich die Frage nach der Wirtschaft Russlands gestellt und dabei den Übergangscharakter dieser Wirtschaft bestritten hätte. Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, daß die Bezeichnung Sozialistische Sowjetrepublik die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, daß die neuen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.

Was bedeutet aber das Wort Übergang? Bedeutet es nicht in Anwendung auf die Wirtschaft, daß in der betreffenden Gesellschaftsordnung Elemente, Teilchen, Stückchen sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus vorhanden sind? (...)

Der Staatskapitalismus steht ökonomisch unvergleichlich höher als unsere jetzige Wirtschaftsweise, das zum ersten.

Zweitens aber hat er nichts Schreckliches für die Sowjetmacht an sich, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bauern gesichert ist. Die ‚linken Kommunisten‘ haben diese unbestreitbaren Wahrheiten nicht begriffen, die natürlich ein ‚linker Sozialrevolutionär‘ niemals begreifen wird, weil er überhaupt nicht imstande ist, irgendwelche Gedanken über politische Ökonomie zu fassen, die aber jeder Marxist anerkennen muß.“<sup>10</sup>

Wohlgemerkt, diese Aussagen traf Lenin einige Jahre vor dem Beginn der NÖP.

Wann und warum wurde die NÖP beendet? Ihre Beendigung liegt in den Jahren 1928 und 1929. Bis dahin hatte sie ökonomische Erfolge ermöglicht und kam dann – so die entsprechende Aussage Stalins – aufgrund der internationalen Klassenkampfsituation an ihre Grenzen. 1929 schrieb Stalin in „Das Jahr des großen Umschwungs“:

„Daraus folgt, daß die Partei es verstanden hat, unseren Rückzug in den ersten Stadien der Neuen Ökonomischen Politik in zweckmäßiger Weise auszunutzen, um danach, in deren nachfolgenden Stadien, den Umschwung herbeizuführen und eine erfolgreiche Offensive gegen die kapitalistischen Elemente einzuleiten.“<sup>11</sup>

Im weiteren Verlauf beschrieb er, dass ein Hintergrund für diese Veränderung die Weigerung des Auslandskapitals war, der Sowjetunion Kredite und Anleihen für den Aufbau der Schwerindustrie zur Verfügung zu stellen. Damit wollte man den sozialistischen Aufbau blockieren und so die Sowjetmacht erdrosseln.

„Eben davon gehen die Kapitalisten aller Länder aus, wenn sie uns Anleihen und Kredite verweigern, in der Annahme, daß wir mit dem Akkumulationsproblem aus eigener Kraft nicht fertig werden, daß wir in der Frage der Rekonstruktion der Schwerindustrie Schiffbruch erleiden und gezwungen sein würden, vor ihnen zu Kreuze zu kriechen und ihre Schuldklaven zu werden.“<sup>12</sup>

All diese Aussagen zeugen davon, dass die Kommunistinnen und Kommunisten lernen mussten, dass die Dauer des Übergangs zum Kommunismus wesentlich länger ist als dies zu Zeiten des „Kommunistischen Manifests“ erwartet wurde.

Mit dieser Frage befasste sich unter anderen auch Walter Ulbricht 1967 in einer Rede zum 100. Geburtstag des „Kapital“. Dort formulierte er zum sozialistischen Aufbau:

„Der VI. Parteitag unserer Partei (der war 1963 – P.K.) stellte fest, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt haben. Wir betrachteten diesen Sieg nicht als Abschluß des sozialistischen Aufbaus, sondern als eine wichtige Etappe beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse beginnen alle Elemente des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, darunter auch die Produktionsverhältnisse selbst, sich auf der eigenen Grundlage des Sozialismus zu entwickeln. (...)

Wenn wir den geschichtlichen Prozeß von der Entstehung der Elemente des Sozialismus in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis zur Gegenwart betrachten, so zeichnen sich zwei Phasen der Entwicklung ab. In der ersten Phase wurden die Grundlagen des Sozialismus geschaffen durch den schrittweisen Übergang der Produktionsmittel in die Hände des Volkes, durch die Organisierung der Planwirtschaft, durch die allmähliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Handwerkerproduktionsgenossenschaften und der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der sozialistischen Formen des Handels sowie durch wichtige Bildungsreformen. Diese Phase endete mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, mit dem das System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll wirksam wurde. (...) Was ist die wichtigste Schlußfolgerung, zu der wir in dieser Hinsicht gelangt sind? Sie besteht darin, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.“<sup>13</sup>

## **2. Die Definition des Begriffs „Sozialismus“ als Charakterisierung einer Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, als wissenschaftlicher Begriff, als Kampflosung – gegebene Unschärfen**

In unserem Parteiprogramm geben wir bezüglich der Kategorien Kommunismus und Sozialismus folgende kurze Definition:

„Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zu-

11 SW 12, 65

12 Ebenda, 66

13 Walter Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967

gleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, jener Gesellschaft, in der es keine Klassen mehr gibt; in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft erstes Lebensbedürfnis geworden und die Warenform der Produkte aufgehoben ist. Dann werden die vergesellschaftete Produktion und die allseitige Entwicklung der Menschen einen solchen Stand erreicht haben, dass der Grundsatz ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Bedürfnissen‘ in die Tat umgesetzt werden kann. Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen geschichtlichen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Naturressourcen. Sie ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse.<sup>14</sup>

Wir gehen also von einem Zeitraum nach der Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse aus, der genutzt wird, um der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen. Ab wann spricht man dann von Sozialismus? Lenin verweist ja darauf, dass Sozialismus nicht nur wissenschaftlicher Begriff/Definition, sondern auch politischer Kampfbegriff ist, wenn er sagt, „daß die Bezeichnung Sozialistische Sowjetrepublik die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, daß die neuen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.“<sup>15</sup>

Das sind die Hintergründe dafür, dass auch die Definitionen der Stadien und Phasen auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft ebenso wenig filigran zu beschreiben waren und sind wie die klassenlose Gesellschaft selbst.

Als wissenschaftlicher Terminus kann für die erste Phase der Terminus „Diktatur des Proletariats“ benutzt werden und das sozialistische und kommunistische Gesellschaftsstadium kann – in Erweiterung dessen, was wir im Parteiprogramm formulieren – noch wie folgt beschrieben werden: Für die erste, die sozialistische Phase gilt: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ Für die kommunistische Phase gilt dann: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ Notwendige Bedingungen der kommunistischen Gesellschaft sind überdies die Überwindung der Ware-Geld-Beziehung und des Wertgesetzes sowie die Voraussetzungen für das Absterben des Staates.

Diese wissenschaftliche Unschärfe führte in der Geschichte der kommunistischen Bewegung ja durchaus auch zu Unterschieden. So hieß es in der Sowjetunion in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts, dass man den Kommunismus aufbaue – aus heutiger Sicht sicher voluntaristisch –, während die DDR von der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft sprach, als deren Beginn sie den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse markierte.

Ein zusätzliches Problem ergab sich daraus, dass die möglicherweise politisch notwendige Kampflosung von der Unwiderruflichkeit des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu einer Unterschätzung der Kraft des Klassegegners und der Fortdauer ideologischer Überbleibsel des Kapitalismus im Massenbewusstsein führte.

Natürlich folgt aus der Problematik „Jedem nach seiner Leistung“ und andererseits der Notwendigkeit der Steigerung der Produktion auch ein Widerspruchsfeld. Das muss durch den sozialistischen Wettbewerb angegangen werden, wird aber oft nicht ausreichen. Muss man dann, wie Lenin schrieb, dem Kapitalismus Türen öffnen, um ihn zu nutzen, dann geben sich Kapitalisten nicht mit „Jedem nach seiner Leistung“ zufrieden. Dies ist dem Kapitalismus und den Kapitalisten wesensfremd, denn sie profitieren ja aufgrund ihres Eigentums an Produktionsmitteln von der – wie auch immer verschleierten – Ausbeutung der Werktätigen – und das hat mit Leistung im genannten Sinne nun so gar nichts zu tun.



### **3. Massen-, Klassenbewusstsein, Konsumtion, Bedürfnisbefriedigung und Bedürfnisentwicklung**

Hier möchte ich zumindest auf den Problemkomplex verweisen, dass die Bedürfnisse der Massen zunächst einmal die Bedürfnisse sind, die sie aus der vorrevolutionären Zeit mitbringen. Dies wirkt offensichtlich auch sehr lange nach und führt dazu, dass Zufriedenheit im gesellschaftlichen Vergleich stark von der Befriedigung der direkten Konsumtion abhängt. Alle von uns, die noch die DDR erlebt haben, können sich daran erinnern: Ein zentraler Grund für die Konzessionsbereitschaft des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber der eigenen Arbeiterklasse war die Schaufensterfunktion der BRD. Eine aus heutiger Sicht auch ökologisch sinnvolle Errungenschaft der DDR – der Vorrang des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr – erschien im Bewusstsein vieler Menschen in BRD und DDR fälschlich eher als Beispiel der Überlegenheit des Kapitalismus – da hatte schließlich jeder ein Auto. Damit wurde ein permanenter Druck auf die DDR erzeugt. Dieser Druck führte zu politischen Entscheidungen – möglicherweise auch dazu, dass Konsumtionsbedürfnisse früher befriedigt werden sollten, als dies ökonomisch möglich war.

Es gibt ja im Nachhinein die Kritik, ob nicht die zunehmende Orientierung auf die Konsumbedürfnisse der Massen, wie sie in der stark unter Erich Honecker konzipierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR zum Ausdruck kam, ein ökonomischer Fehler war. Sicherlich war sie aber politischem Druck geschuldet, der vom Imperialismus mit dem „Schaufenster BRD“ erzeugt worden war.

Es scheint leider auch so zu sein, dass erreichte Erfolge, die für die Entwicklung der Produktivkraft Mensch mindestens ebenso wichtig sind wie die direkte Konsumtion, im individuellen Vergleich von Gesellschaftssystemen eine geringere Rolle spielen. Zumindest gibt es wohl die Tendenz, dass viele Menschen dazu neigen, ein gutes Bildungs- oder Gesundheitswesen im Vergleich zur Versorgung mit Konsumgütern in der Aufbauphase des Sozialismus eher zu unterschätzen.

### **4. Die Problematik der Entwicklung der Produktivität**

In jedem Fall ist die Entwicklung der Produktivität eine zentrale Frage. Sie ist eine Frage des Überlebens im internationalen Klassenkampf. Sie ist eine Frage für die Überwindung der Armut, sie ist eine Voraussetzung für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und sie schafft die Ressourcen, die notwendig sind, um den Sozialismus zu verteidigen.

Wir rufen nochmals Lenins Aussage aus „Staat und Revolution“ in Erinnerung:

„Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung aufhält, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird.“<sup>16</sup>

Er sprach von „ermöglichen“; nicht von einem sofortigen Automatismus. Trotzdem hieß es wenig später, dass es darum gehe, „die Saboteure einzusetzen“ und – in der Begründung der NÖP – dem Kapitalisten Türen aufzumachen – wobei das Risiko darin bestehe, dass letzterer die neue Lage besser und schneller als die junge Sowjetmacht zu nutzen verstehe.

Andere Versuche, die notwendige Produktivitätssteigerung durch Kampagnen zu erringen, waren meist nicht von Erfolg gekrönt. Ein Beispiel dafür sind die Erfahrungen der chinesischen Kommunistinnen und Kommunisten mit dem „Großen Sprung nach vorn“:

Man ist gezwungen, Produktionsmittel von den Kapitalisten zu erwerben – dafür müssen die Mittel vorhanden sein. Der sozialistische Staat braucht Mehrprodukt und er benötigt es unter den Bedingungen eines vom Kapitalismus/Imperialismus dominierten und diktierten Weltmarkts. Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) – einfach formuliert die Institution der ökonomischen

mischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder „Moskauer Prägung“ – konnte zwar nach innen eine Zusammenarbeit entwickeln, die wesentlich stärker von Planmäßigkeit und Solidarität geprägt war als alle Formen der ökonomischen Zusammenarbeit von Ausbeutergesellschaften. Trotzdem war er schwächer und teilweise abhängig von imperialistischen Ländern oder Institutionen, die von diesen dominiert waren. Diese Schwäche war auch ein Ergebnis der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, die dazu führte, dass die VR China nicht Mitglied des RGW war. Diese Abhängigkeit wurde regelmäßig für Erpressung, ökonomische Diversion und Sabotage ausgenutzt.

Ökonomische Diversion kann dabei auch recht einfache Formen haben: In der DDR wurden mehrfach Hamsterkäufe, die dann tatsächlich Mangel hervorriefen, dadurch erzeugt, dass Medien der BRD den angeblichen Mangel verkündeten.

### **5. Die Problematik der Eigentumsformen – Fragen des Staatskapitalismus, des sozialistischen Eigentums auf dem Weg zum Sozialismus**

In einem Artikel in den „Marxistischen Blättern“ habe ich mich mit den Formen des Eigentums an Produktionsmitteln in der DDR beschäftigt und sinngemäß geschrieben, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln bis 1972 bestand – eine schon recht lange Zeit von 20 Jahren nach dem Beschluss, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Allerdings war auch diese Aussage nicht ganz richtig, weil sie das genossenschaftliche Eigentum außer Acht ließ, bei dem in der DDR zum Beispiel die Bauern Eigentümer ihres Landes blieben. Das hat natürlich auch historische Gründe. Kleinbauern und Landarbeiter mussten beim antifaschistisch-demokratischen Aufbau als Bündnispartner der Arbeiterklasse gewonnen werden. Der Stoß war zu führen gegen Kriegsverbrecher und Junker – darum die Landreform, die ja zunächst einmal über 500.000 neue Besitzer des Produktionsmittels Grund und Boden schuf. Im Zuge des Aufbaus des Sozialismus wurden dann die LPGs gebildet, trotzdem blieben die Bauern Eigentümer des Bodens. Allerdings gaben sie die Verfügungsgewalt an die Genossenschaft ab, also an das Kollektiv der Bauern und landlosen Beschäftigten der Genossenschaft. Sie waren also Besitzer von Produktionsmitteln bei Verzicht auf die individuelle Verfügungsgewalt. Folgt man Lenins allgemeiner Klassendefinition – „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (...) Verhältnis zu den Produktionsmitteln“ – so hat die Klassenanalyse in der DDR mit Fug und Recht von einer neuen Klasse, nämlich den Genossenschaftsbauern, gesprochen. Genossenschaftliches Eigentum wurde in der DDR als eine Form des sozialistischen Eigentums bezeichnet. Auch diese Einschätzung mag man durchaus teilen, wenn auch anzumerken ist, dass für die Genossenschaft als Ganzes im Sozialismus die Ware-Geld-Beziehung fortbesteht und auch aus diesem Grund diese Eigentumsform auf dem Weg zum Kommunismus überwunden werden wird.

Interessant ist für diese Klasse der Genossenschaftsbauern, dass sie Eigentümer von Produktionsmitteln waren und sich damit arrangierten, eben keine direkte Verfügungsgewalt über diese mehr zu haben.

### **6. Probleme der Klassen, des Klassenkampfes im Verhältnis zu Eigentumsformen auf dem Weg zum Sozialismus – Die Integration von (unterdrückten) Klassen in die Hegemonie der herrschenden Klasse – Probleme der Ausübung der politischen Macht der Arbeiterklasse**

Gibt es in einer Gesellschaft Klassen, dann gibt es in der Regel auch Klassenkampf. Gibt es in einer Gesellschaft Kapitalisten, dann gibt es – zumindest, wenn ihre Anzahl nicht völlig marginal ist – auch eine Kapitalistenklasse. So gesehen gab es in allen sozialistischen Ländern nach der proletarischen Revolution noch Phasen mit einer existierenden Kapitalistenklasse.

Allerdings wissen wir aus leidvoller Erfahrung, dass es einen Unterschied zwischen der „Klasse an sich“ – also der objektiv aufgrund ihres Platzes im geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion bestehenden – und der sich als solche erkennenden („Klasse für sich“)

gibt. Bezüglich der Arbeiterklasse im Kapitalismus ist genau diese Formierung der Klasse ja das große Problem.

Dieser Formierung stehen objektive und subjektive Faktoren entgegen. Teile der Arbeiterklasse werden in die Strategie der Kapitalisten integriert, das verstärkt sich noch im imperialistischen Stadium. Medien, Ideologieapparat, Bildungswesen und vieles mehr werden mobilisiert, um diese Formierung zu verhindern.

Wie ist dies nun aber in der Phase, nachdem die Arbeiterklasse die Macht errungen hat?

Bereits Lenin hat darauf hingewiesen, dass die Macht der Arbeiterklasse nicht allein Unterdrückungsinstrument ist: Vom Kapitalismus lässt sich ja lernen, dass es ihm gelingt, Teile der Arbeiterklasse zu integrieren oder Unterdrückung so zu verschleiern, dass sie nicht als solche empfunden wird. Integration einer Kapitalistenklasse in den proletarischen Staat erfordert sicherlich die Bestechung dadurch, dass die Kapitalisten Profit machen können.

Allerdings bleibt es natürlich auch bei dem – schon wiederholt angesprochenen – Risiko, das Lenin beschrieb: „Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen – der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selber nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden), oder die proletarische Staatsmacht?“<sup>17</sup>

Der Festigkeit der proletarischen Staatsmacht kommt also die entscheidende Bedeutung zu und damit – nach den geschichtlichen Erfahrungen – vor allem der Festigkeit der Kommunistischen Partei. Unter Umständen wird der Klassegegner seinen Hauptstoß gegen andere Teile der Staatsmacht richten – in der DDR war das vor allem das Ministerium für Staatssicherheit –, entscheidend für die Frage der proletarischen Staatsmacht ist aber die Funktion der Partei. Ist sie noch Avantgarde – oder hat sie irgendwann diese Rolle verloren?

## 7. Der Einfluss der internationalen Klassenkampfsituation

Aus meiner Sicht spricht derzeit nichts dafür, dass kommende Aufbruchsversuche in Richtung Sozialismus ganze Regionen oder Kontinente gleichzeitig erfassen werden. Vieles deutet darauf hin, dass es auch in der vor uns liegenden Periode eher schwächere Ökonomien – „schwächere Glieder“ – sein werden. Diese Versuche werden noch für lange Zeit im Rahmen eines weltweiten Kräfteverhältnisses stattfinden, das von der Dominanz des Imperialismus geprägt ist und sein wird.

In früheren Phasen bestand das Instrumentarium des antisozialistischen Kampfes des Imperialismus vor allem aus militärischer Intervention, Sabotage, Attentaten und Kriegen. Hier hat der Imperialismus seine Klaviatur erweitert. In der Zeit des starken europäischen Sozialismus kamen Totrüstungen, Wirtschaftsblockade, ideologische Aufweichung und anderes dazu. Heute noch ergänzt durch Farbenrevolutionen, Menschenrechtsimperialismus oder das Hineintragen von Spaltungstendenzen in revolutionäre Kräfte und ihre Bündnispartner – das hat der Imperialismus perfektioniert. Auf der anderen Seite gibt es auch für revolutionäre Staaten letztlich nur dann eine Überlebenschance, wenn es gelingt, Widersprüche im imperialistischen Lager auszunutzen und zu vertiefen. Ein wichtiges Instrument dieser Politik ist das Angebot an das ausländische Kapital, im eigenen Land Profite zu machen und zu realisieren.

Unbedingt klar muss uns sein: Beim Kampf gegen den Sozialismus scheut der Imperialismus kein Verbrechen, keine Brutalität, keine Opfer – mögen diese auch nach Millionen zählen. Da mag der Imperialismus gelegentlich „auf Filzläschen“ daherkommen – selbst ohne Krieg sterben heute Menschen an den Folgen von Blockaden oder Sanktionen. Dies zwingt den Sozialismus zu Ausgaben für Militär, Geheimdienste und so weiter – die Mittel dafür müssen erwirtschaftet werden und fehlen für die Bedürfnisbefriedigung. Dies zwingt den Sozialismus zur permanenten Abwägung, wer ist Freund und wer ist Feind. Bei der Beantwortung dieser Frage sollte man so wenig Fehler wie möglich machen – in beide Richtungen. Leider wird man sie aber machen.

## 8. Internationale ökonomische Verhältnisse und Abhängigkeiten

Solange der Imperialismus noch Einfluss hat, wird es ökonomische Abhängigkeiten geben – solange er noch dominierend ist, wird er oftmals in der Lage sein, die Regeln zu diktieren.

Wir erinnern uns, wie der weltweite Kupferpreis fiel, als in Chile die Kupferminen verstaatlicht wurden, und damit die Ökonomie des Landes massiv unter Druck kam. Ähnliches passiert heute mit Venezuela – und das, obwohl weder Chile sozialistisch war noch Venezuela es heute ist.

Aber: Versuche, dieser Abhängigkeit durch weitgehende Autarkie zu entkommen, sind meines Erachtens ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Dies gilt ökonomisch, es gilt wegen der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte und es gilt wegen der notwendigen Ausnutzung innerimperialistischer Widersprüche.

Bei der Abhängigkeit geht es um Rohstoffe, um Lebensmittel, um Technologie, aber es geht vor allem auch um die Regelung der globalen Ökonomie. Vieles wird dort heute vom Internationalen Währungsfonds, von der Weltbank bestimmt – beide im Wesentlichen von den Interessen des Imperialismus geleitet. Sich dem zu entziehen ist heute unrealistisch, es gelang auch zu Zeiten eines existierenden RGW letztlich nur nach innen. Trotz des militärisch nahezu gegebenen Gleichgewichts hatte der Imperialismus ökonomisch die Nase vorn, hinzu kam die unselige Spaltung zwischen den RGW-Ländern und der VR China. Der RGW deckte mit der Sowjetunion, mit den europäischen sozialistischen Ländern, mit Vietnam und Kuba einen relevanten Teil der Welt ab. Dies wurde in der Hochphase durch Kooperationsabkommen mit Ländern in Afrika, die einen sozialistischen Weg einschlugen, aber auch mit Ländern wie Mexiko und dem Irak ergänzt. Hier konnten innere Austauschverhältnisse begonnen werden, die frei waren von imperialistischer, neokolonialer Ausbeutung, die etwas Neues auf der Welt darstellten. Das ist leider Geschichte.

Einen entscheidenden Aspekt der ökonomischen Abhängigkeit stellt dabei die Frage der vorherrschenden Währung dar. Selbst in den Hochphasen des RGW gab es mit dem Rubel zwar eine innere Währung, nach außen wurde aber mit Devisen – meist mit US-Dollar, seitens der DDR stark auch mit der D-Mark – gehandelt. Diese Devisen mussten erwirtschaftet werden – eine willkommene Gelegenheit für den Imperialismus, um von den sozialistischen Ländern relative Dumpingpreise zu erpressen oder sie zu unpopulären Maßnahmen – als Beispiel seien die Intershops in der DDR genannt – zu zwingen.

Wenn eine Landeswährung – wie derzeit noch der US-Dollar – als Weltwährung fungiert, stellt das in der Regel auch eine ökonomische Stärkung dieses Staates dar. Nur folgerichtig sind daher die heutigen Versuche, dem etwas entgegenzusetzen, die es zum Teil seitens der BRICS-Staaten, nun aber auch im Rahmen der Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit der VR China gibt. Dazu kommt das Problem der Konvertierbarkeit von Währungen. Nutzt man eine Währung auch in der Außenbeziehung mit dem Imperialismus, eröffnet sich für diesen die Möglichkeit, mit der Währung gegen die sozialistische Ökonomie zu spekulieren. Tut man es nicht, steht man vor der Devisenproblematik.

Aus meiner Sicht ist es eine Tatsache, dass sich kein Land, das den Sozialismus aufbauen will, gänzlich dem Einfluss des Imperialismus entziehen kann – mit der Folge, dass auch eine zumindest partielle Zusammenarbeit mit Teilen des gegnerischen Lagers notwendig ist. Fakt ist auch, dass dieses Feld ebenfalls ein entscheidendes Feld des Klassenkampfes – des internationalen Klassenkampfes – ist.

Daraus ergibt sich noch ein zusätzliches Problem: Sozialistische Unternehmen müssen im Rahmen einer solchen partiellen Kooperation auch im kapitalistischen Ausland agieren. Sie können dabei aber keine „sozialistischen Inseln“ aufbauen, sondern werden mehr oder minder agieren müssen wie ihre kapitalistischen Konkurrenten – ansonsten werden sie nicht das leisten können, was sie sollen: Mittel für den Aufbau des Sozialismus zu erwirtschaften.

## **9. Eine reine sozialistische Revolution wird es im imperialistischen Stadium nicht geben – das hat Auswirkungen auf die Bündnispolitik beim sozialistischen Aufbau**

Alle Erfahrungen seit der Oktoberrevolution deuten darauf hin, dass proletarische/sozialistische Revolutionen nicht unbedingt als solche beginnen beziehungsweise der proletarische/sozialistische Charakter von anderen Momenten überlagert, beeinflusst wird. Auch die Oktoberrevolution war proletarische Revolution einer- und Befreiung der kleinen Bauern aus dem halbfeudalen Joch andererseits.

Die chinesische und die kubanische Revolution sowie der Sieg in Vietnam waren zugleich Prozesse der nationalen Befreiung. Die Revolutionen in den sogenannten Volksdemokratien in Europa und der DDR begannen mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und hatten zusätzlich den Charakter der nationalen Befreiung. Sie waren nicht überall Ergebnis des Kampfes der Volksmassen, dafür aber überall Folge der Befreiung durch den Sieg der Roten Armee der Sowjetunion, die selbst ein fragiles Bündnis mit den westlichen Alliierten eingegangen war. Die Anfänge der Revolutionen in Angola, Mosambik und weiteren portugiesischen Kolonien waren dominiert vom Charakter der nationalen Befreiung, dem antikolonialen Kampf. In Portugal stand die antifaschistische Befreiung im Vordergrund, unsicher bin ich mir in der Charakterisierung von Chile unter Allende. In Chile und Portugal siegte die Konterrevolution – bevor es gelang, den fortschrittlichen Prozess zur proletarischen Revolution weiterzuentwickeln. In Venezuela spricht vieles dafür, dass der Grad der erreichten Phase der nationalen Befreiung gefährdet ist durch die Furcht wichtiger Kräfte vor dem Bruch mit dem Kapitalismus.

Ich möchte aber hier gar nicht im Detail auf einzelne Prozesse eingehen, sondern vor allem darauf hinweisen, dass dieser Charakter der Revolutionen dazu führte, dass der erste Stoß in der Regel nur gegen einen Teil des Kapitals, teilweise sogar nur gegen einen Teil des Monopolkapitals, geführt wurde.

In der Sowjetischen Besatzungszone waren das die Kriegsverbrecher und Junker, in den Volksdemokratien die Kollaborateure mit den Faschisten, in der VR China und Vietnam die Kollaborateure mit den Besatzern. Und um diesen Stoß führen zu können war es in der Regel auch notwendig, die Bündnismöglichkeiten in größtmöglicher Breite nicht nur auszuloten, sondern diese auch zu realisieren.

Ein brillantes geschichtliches Beispiel für den Umgang von Kommunistinnen und Kommunisten mit solchen Herausforderungen ist der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Dort wird als Ziel formuliert:

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Im Aufruf der KPD werden dann Maßnahmen vorgeschlagen, die sich an potenzielle Bündnispartner richten. Zwei will ich hier nennen:

„Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“

Ein Vorschlag, der sich an kleinbürgerliche Kreise und an kleine und mittlere Unternehmer richtete.

„Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“

Ein Vorschlag, der sich an Landarbeiter und Kleinbauern richtete, aber selbst den nichtfeudalen und nicht in Kriegsverbrechen verstrickten größeren Bauern eine Zukunft aufzeigte.

Im zweiten Zitat war bereits die Bodenreform in der SBZ angelegt. Damit wurde aber ein ganz anderer Weg gegangen als in der Sowjetunion, in der direkt nach der Oktoberrevolution mit dem Dekret über den Boden dieser zum gesellschaftlichen Eigentum wurde, der den Bauern zur Nutzung, nicht aber als Eigentum übergeben wurde. Dies wirkte, wie wir oben gesehen haben, in der gesamten Geschichte der DDR nach.

## **10. Das Nachwirken geschichtlicher, kultureller, sozialer Traditionen**

Der Aufbau des Sozialismus erfordert den revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen und die Zerschlagung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie.

Gleichzeitig sind die sozialistische Revolution und der Aufbau des Sozialismus in geschichtlicher, kultureller und vielerlei sonstiger Hinsicht Aufhebung und Bewahrung des Vorigen – geschichtliche, kulturelle, soziale Tatsachen, Denkweisen und Gewohnheiten wirken fort. Sie müssen möglicherweise verändert, können aber keinesfalls negiert werden.

Die meisten Völker in Asien waren über Jahrhunderte Spielball kolonialer, imperialistischer Interventionen, von Konflikten zwischen Kolonialisten und Imperialisten. Ihre Nationen wurden geteilt, zerstückelt, blutig unterdrückt. Die nationale Einheit wurde bereits im Feudalismus und im aufkommenden Kapitalismus auch Synonym für die Befreiung von kolonialer und imperialistischer Unterdrückung.

Ich staunte nicht schlecht, als ich 1989, bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Pjöngjang in der KDVR, immer wieder gefragt wurde, was wir denn für die Vereinigung Deutschlands tun würden. Die lag weder uns noch den Genossinnen und Genossen der damaligen FDJ besonders am Herzen.

Ich denke, dass es sich ähnlich verhält mit der Befreiung Hongkongs vom Joch des britischen Kolonialismus. Die Regierung der VR China ging sehr weit, für 50 Jahre das Prinzip „Ein Land – zwei Systeme“ festzuschreiben. Wir hätten ja als Kommunistinnen und Kommunisten in der BRD und der DDR eher das Risiko gesehen, kannten wir doch Westberlin als Einfallstor der Diversion, das von manchen Imperialisten hinter vorgehaltener Hand als „die billigste Atombombe“ bezeichnet worden war.

Ich verweise hinsichtlich des Nachwirkens – einfach, um die Komplexität darzustellen – auch auf Beispiele wie den Einfluss des Katholizismus in der damaligen Volksrepublik Polen oder die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR.

## **11. Die Klassenkampfsituation im Inneren**

Das grobe Bild ist nach wie vor richtig: Die sozialistische Revolution führt zur politischen Macht der Arbeiterklasse, in der Regel im Bündnis mit anderen Klassen beziehungsweise Schichten, die im Widerspruch zum Kapital – im imperialistischen Stadium des Kapitalismus zum Monopolkapital – stehen. Diese Macht wird genutzt, um der Kapitalistenklasse nach und nach den Quell ihrer früheren Macht – die Produktionsmittel – zu entreißen und sie daran zu hindern, sich wieder zur herrschenden Klasse zu erheben.

Offensichtlich wird es aber über längere Phasen noch privates Eigentum an Produktionsmitteln geben. Vieles spricht dafür, dass es Phasen geben wird, in denen man Kapitalisten sogar „Türen öffnet“

Gibt es Kapitalisten, dann gibt es eine Kapitalistenklasse. Vom Grad ihrer Formierung hängt der Klassenkampf ab. Das Bild, dass damit im Sozialismus der Tiger zu reiten ist, trifft es wohl recht gut. Konkret heißt das, dass die Gefahr der Konterrevolution wohl nie beseitigt ist, solange es Privateigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise dessen Nachwirkung im Bewusstsein der Menschen gibt und solange der Kapitalismus/Imperialismus im Weltmaßstab Relevanz hat.

Kapitalismus bringt Kapitalismus hervor. Darum werden wir es in dieser vermutlich recht langen Zeit damit zu tun haben, dass innerhalb der sozialistischen Gesellschaft auch kapitalistisches Bewusstsein entsteht und sich reproduziert. Dagegen ist der Klassenkampf von oben zu führen und wohl mit den Mitteln, wie wir sie auch kennen – also von Integration über ideologische Beeinflussung bis hin zu gesetzlicher Unterdrückung. Ich denke, aktuell gehören dazu Kampagnen gegen Korruption, wie wir sie in den verschiedenen Ländern des sozialistischen Aufbaus erleben.

Dies alles ist äußerst riskant. Und das Risiko der Konterrevolution wird spätestens dann zur Realität, wenn dieses „existierende Gift“ auch den Kern, die Kommunistische Partei, befällt. Auch für deren Infizierung gibt es viele Wege – Illusionen in den Kapitalismus, Karrierismus, die Vernachlässigung der Weltanschauung – sowohl ihres Erlernens als auch ihrer Weiterentwicklung –, um nur einige zu nennen.

## 12. Internationale Bündnispolitik

Der sich entwickelnde Sozialismus ist international gezwungen, Bündnispolitik zu machen. Dabei ist er mit der Tatsache konfrontiert, dass die Welt keineswegs nur Schwarz und Weiß ist. Wir haben es mit imperialistischen Führungsmächten zu tun, die einig sind in ihrer Stoßrichtung gegen den Sozialismus, die aber auch untereinander in Konkurrenz stehen und diese Konkurrenz auch darüber ausüben, wie sie mit dem sich entwickelnden Sozialismus Geschäfte machen.

Wir haben es mit kapitalistischen Ländern zu tun, die nicht oder noch nicht in der Liga der führenden Imperialisten mitspielen. Wir haben es mit kapitalistischen Ländern zu tun, die unter der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung leiden. In der Regel gibt es dort Teile der nationalen Kapitalistenklasse, die mehr, und andere, die weniger von dieser Situation profitieren. Wir haben es mit Ländern zu tun, die noch stark feudale Strukturen oder das Nachwirken dieser haben.

Es wird hier immer den Zwang geben, eine Bündnispolitik zu entwickeln, die vor allem zwei Dinge zum Ziel hat: Erstens das Überleben der Menschheit zu sichern, indem der Frieden und die Lebensgrundlagen der Menschheit – so weit wie eben möglich – gesichert und erhalten werden. Zweitens zu verhindern, dass die permanente Aggression des Kapitalismus/Imperialismus gegen den Sozialismus siegt. Das verlangt nach einer flexiblen Politik und Diplomatie und es beinhaltet die Gefahr, dass der Unterschied zwischen flexibler Politik und Diplomatie und der gleichzeitig notwendigen Konsequenz in Fragen der Weltanschauung und Ideologie verwischt wird.

Es war und ist für kommunistische Parteien ein Problem, wenn der Unterschied zwischen der Außenpolitik des sozialistischen Staates und dem Internationalismus der Kommunistischen Partei aus dem Blick gerät.

## 13. Die Notwendigkeit des Erhalts des Friedens und der natürlichen Lebensgrundlagen – Friedliche Koexistenz als Form des Klassenkampfes

Diese Problematik wird noch verstärkt dadurch, dass sich heute die Frage des Kampfes um Frieden und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen schärfer stellt als in allen früheren Menschheitsepochen.

Die friedliche Koexistenz zwischen Kapitalismus/Imperialismus und Sozialismus ist eine notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit der sozialistischen Entwicklung.

Aber: Der Kapitalismus/Imperialismus kann nur zum Frieden gezwungen werden, er wird aufgrund seiner inneren Konkurrenzsituation und seines (systemimmanent notwendigen) Kampfes

gegen den Sozialismus nie seine Aggressivität ablegen können. Dieses Wissen dürfen Kommunistinnen und Kommunisten niemals vergessen, sie dürfen aber auch nicht in den Fatalismus der Unmöglichkeit, ihn zum Erhalt der Menschheitsperspektive zwingen zu können, verfallen.

Ein Moment dieses Kampfes ist natürlich die militärische Fähigkeit, den Sozialismus zu verteidigen. Ein anderes ist aber auch der ökonomische Austausch mit dem Imperialismus. Dass daraus auch Erpressbarkeit folgen kann, haben wir beleuchtet. Genauso schlimm ist aber, wenn in diesem Friedenskampf vergessen wird, dass auch der Kampf um friedliche Koexistenz eine Form des Klassenkampfes ist.

Dieses Vergessen ist die ideologische Entwaffnung der Kommunistischen Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich habe sicherlich nicht alle Punkte der Komplexität des sozialistischen Aufbaus beleuchtet. Wenn es mir gelungen ist, zum Nachdenken und Diskutieren über dieses komplexe Thema anzuregen, dann bin ich zufrieden.



# Der kubanische Weg zum Sozialismus

**Von Renate Koppe** Leiterin der Internationalen Kommission der DKP

Überarbeitete Fassung eines im Rahmen der 5. Tagung des Parteivorstands der DKP am 17./18. April 2021 gehaltenen Referats

In dem Referat lege ich einen Schwerpunkt auf die ökonomische Entwicklung Kubas und die Veränderungen seit der Revolution, die Probleme nach der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa sowie auf die Entwicklung danach. Dennoch beginne ich kurz mit den Voraussetzungen, das heißt der Geschichte.

## Geschichte bis zur Revolution

Kuba war seit dem 16. Jahrhundert spanische Kolonie. Die ursprünglichen Einwohner wurden praktisch ausgerottet. Seit dem 17. Jahrhundert wurden afrikanische Sklaven nach Kuba gebracht. Diese wurden mit dem Beginn des Zuckerrohranbaus im 18. Jahrhundert immer zahlreicher, zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten auf Kuba etwa 400.000 Sklaven. 1868 begann der Kampf um die Unabhängigkeit (Manuel de Céspedes), die revolutionäre Armee unterlag nach zehn Jahren Krieg. Im zweiten Unabhängigkeitskrieg ab 1895 (José Martí) wurde die spanische Flotte mit Unterstützung von US-Truppen 1898 besiegt, was allerdings nicht zur Unabhängigkeit führte, sondern dazu, dass Kuba eine US-Kolonie wurde.

De facto blieb Kuba das bis zur Revolution. Auch die Abschaffung der Sklaverei führte nicht zu einer Verbesserung der Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Weit über die Hälfte der Menschen hatte weder Wasser noch Stromversorgung und besuchte nie eine Schule. 1900 wurde die erste Verfassung Kubas beschlossen, die das Interventionsrecht der USA festschrieb. Damals wurde den USA das Recht auf Militärstützpunkte gewährt, einer von diesen – Guantánamo – existiert bis heute. In den folgenden Jahrzehnten, in der US-gestützte Diktaturen nur kurzzeitig von einer sogenannten Übergangsregierung abgelöst wurden, wurde der US-amerikanische Einfluss politisch vorherrschend und ökonomisch immer weiter ausgebaut. Der Zuckerrohranbau wurde weiter verstärkt, der Außenhandel von den USA kontrolliert, eine eigene industrielle Entwicklung gab es nicht. Kuba war vollständig von US-Importen abhängig, gegen die sich einheimische Produzenten nicht behaupten konnten. Auch die Bodenschätze und deren Abbau waren fast vollständig in der Hand von US-Konzernen.

Der Widerstand gegen den Kolonialismus und die Ausbeutung konnte seit den Unabhängigkeitskriegen trotz brutaler Repressionen nie unterdrückt werden. Widerstand gab es sowohl bei Bauern als auch bei Arbeitern – es gab immer wieder Streikbewegungen – und unter Intellektuellen.

1953 begann die kubanische Revolution mit einem Angriff auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba unter Führung von Fidel Castro. Dieser Versuch, das Regime zu stürzen, misslang. Castro wurde inhaftiert und ging zwei Jahre später nach Mexiko ins Exil. Im Dezember 1956 landete er mit weiteren 82 Mann mit der Jacht „Granma“ auf Kuba und begann mit dem Aufbau einer Revolutionsarmee, die in der Bevölkerung starke Unterstützung hatte. Zunächst erkämpften sich die Revolutionäre den Osten der Insel. Am 1. Januar 1959 floh der Diktator Batista ins Exil in die USA und im Februar übernahm Fidel Castro das Amt des Ministerpräsidenten.

## Geschichte seit der Revolution

Auch darauf gehe ich nur kurz ein.

Nachdem zunächst eine Landreform stattgefunden hatte und die US-Konzerne verstaatlicht worden waren, wurden wenige Jahre später auch die Unternehmen der nationalen Bourgeoisie verstaatlicht. Das Gesundheitswesen und das Bildungswesen wurden zügig ausgebaut, der Analphabetismus erfolgreich bekämpft, Wohnraum geschaffen. Eine Zahl als Beispiel: 1959 kam ein Arzt

auf 1.400 Einwohner, inzwischen sind es nur noch 150 Einwohner, die von einem Arzt versorgt werden.

Ab Mitte 1959 traten die ersten Sanktionen vonseiten der USA und des Westens in Kraft, ab 1962 die Blockade. 1961 misslang ein militärischer Interventionsversuch der USA in der Schweinebucht. Seitens der USA begann nun das seit Jahrzehnten andauernde Destabilisierungs- und Terrorprogramm. Außenpolitisch wurde nach einigem Zögern auf beiden Seiten ein Bündnis mit der Sowjetunion geschlossen. Dieses bezog sich auch auf den ökonomischen Bereich: Kuba erhielt Kredite von der Sowjetunion und es wurden langfristige Verträge über die Lieferung von Öl gegen Zucker abgeschlossen. 1972 wurde Kuba Mitglied des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Ab 1968 wurden auch alle Betriebe im Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich verstaatlicht; privat waren seit 1970 nur noch bäuerliche Kleinbetriebe.

1975 wurde die erste sozialistische Verfassung Kubas in einem Referendum beschlossen.

### **Kubanische Wirtschaft ab den 1980er-Jahren**

Die Arbeitsteilung innerhalb des RGW hatte für eine fortgeschrittene Spezialisierung in vielen Industriezweigen gesorgt. Über 700 Produkte wurden aus sozialistischen Staaten zu günstigen Konditionen importiert, die Industrie Kubas war systematisch in das ökonomische System des RGW eingebunden. Es gab eine klare internationale ökonomische Arbeitsteilung, sodass in Kuba weiterhin stark auf den Zuckerrohranbau gesetzt und weitgehend auf eine Diversifizierung verzichtet wurde. Die Unterstützung innerhalb des RGW war sehr stark. Es wurde beispielsweise eine große Menge von Rohöl an Kuba geliefert, das dort weiterverarbeitet und wieder exportiert wurde, woraus etwa 40 Prozent der Deviseneinnahmen stammten. Auch bei der Zuckerindustrie gab es feste Abnahmequoten. Die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten war zwar weitaus geringer als vor der Revolution, aber immer noch sehr hoch. Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Systems war dies mit Sicherheit eine effiziente Lösung, stellte sich jedoch später – mit der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa – als sehr problematisch heraus. Diese Problematik begann bereits mit der Wahl von Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU. Schon 1986 reduzierte die Sowjetunion den Zuckerpreis und den Preis für Nickel, während gleichzeitig die Preise für Lieferungen von zum Beispiel Fahrzeugen oder Zement an Kuba erhöht wurden.

Mit der Niederlage des Sozialismus und der Zerstörung der Sowjetunion brach diese Zusammenarbeit endgültig zusammen – die Russische Föderation hielt die Zusagen der Sowjetunion nicht aufrecht, ebenso wenig wie die BRD die DDR-Verträge. Sowohl große Teile des Imports als auch des Exports brachen weg, viele Industriebetriebe standen still. In der Landwirtschaft gab es große Probleme (Mangel an Düngemitteln, Pestiziden, Treibstoff), es kam zu Nahrungsmittelknappheit. In den 1990er-Jahren nahm die Knappheit an Konsumgütern weiter zu, wobei die Preise dennoch konstant blieben, auch die Löhne wurden weiter ausgezahlt. Um das zu gewährleisten, nahm die Geldmenge bis 1993 von zuvor 4,2 Milliarden Pesos auf elf Milliarden Pesos zu. Der inoffizielle Wechselkurs zum US-Dollar sank von fünf bis sieben Pesos auf 100 Pesos oder mehr. Der US-Dollar wurde auf dem Schwarzmarkt zur beherrschenden Währung. Es wird geschätzt, dass 1993 etwa 500 Millionen US-Dollar außerhalb des regulären Geldsystems im Umlauf waren. 1993 wurden der Devisenbesitz (also US-Dollar) legalisiert und Teile des ohnehin entstandenen Schwarzmarkts institutionalisiert (Bauernmärkte, Zulassung eines privaten Wirtschaftssektors). Gleichzeitig wurde der Tourismussektor als einer der wichtigsten Devisenbringer stark ausgebaut. Außerdem gab es Maßnahmen, die exportorientierte Zuckerproduktion teilweise umzustellen.

Zur selben Zeit wurde die Wirtschaftsblockade vonseiten der USA 1992 mit dem Torricelli-Gesetz (The Cuban Democracy Act, von Demokraten initiiert – untersagt auch Tochtergesellschaften von US-Unternehmen jedweden Handel mit Kuba sowie jegliche Überweisungen nach Kuba) und 1996 mit dem Helms-Burton-Gesetz (Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act, von Republikanern initiiert – Verschärfung der Blockade) weiter intensiviert.

## Das duale Währungssystem ab 1994

Der Peso Cubano (CUP) ist die ursprüngliche nationale Währung. Zusätzlich wurde der Peso Convertible (CUC) eingeführt, der an den Wechselkurs des US-Dollars gebunden war. Der CUP konnte in CUC umgetauscht werden, CUC dagegen war frei konvertibel. Diese Regelung war ursprünglich als Notlösung in der Sonderperiode gedacht, blieb dann aber jahrzehntelang bis Ende 2020 gültig. Ein CUC (der einem US-Dollar entsprach und an diesen gekoppelt war) entsprach 24 CUP.

Es gelang damit bis 2004, den Dollar zu verdrängen, der wieder verboten werden konnte. Devisenbezogene Güter wurden nun außerhalb des staatlich subventionierten Preissystems für die Grundversorgung mit CUC gehandelt. Damit bekam man einen Teil des Schwarzmarkts unter Kontrolle, der in gewisser Weise „legalisiert“ wurde. Auf volkswirtschaftlicher Ebene führte dies – auch wenn es nicht beabsichtigt war – zur Entstehung von zwei Kategorien von Staatsbetrieben: solche, die ihre Devisen selbst erwirtschaften konnten und solche, die auf staatliche Devisenzuteilungen angewiesen waren. Dabei wurde bis zum Schluss dieses Systems der Wechselkurs von einem Dollar zu einem CUC beibehalten, auch wenn dies natürlich in keiner Weise die Marktverhältnisse abbildete. Dies machte für die Betriebe, die Devisen selbst erwirtschaften konnten, das System nicht attraktiv, weil sie für 500 US-Dollar, die erwirtschaftet wurden, nur 500 CUP (rund 20 US-Dollar) erhielten. Auf der anderen Seite wurden Importe für die einzelnen Betriebe günstig, die so entstehenden Defizite wurden vom Staatshaushalt ausgeglichen. Teilweise wurden dann eigene Wechselkurse zwischen CUP und CUC für bestimmte Wirtschaftsbereiche eingeführt. Das Planungssystem wurde immer schwieriger und unübersichtlicher – ob ein Betrieb effizient arbeitete, ließ sich nur anhand aufwendiger Berechnungen feststellen oder auch nur grob schätzen. Ein großes Problem war, dass für einzelne Betriebe der Import aufgrund der oben genannten Berechnungen günstiger war als die Auftragsvergabe auf dem Binnenmarkt. Es wurde auch begonnen, Teile der Löhne in CUC auszuzahlen, was sich in der Buchhaltung einzelner Betriebe nur verfälscht widerspiegelte, da ein CUC dort einem CUP entsprach. Zuletzt erhielt ein Drittel der in Staatsbetrieben Beschäftigten Teile des Lohnes in CUC.

Gleichzeitig wurde die Ungleichheit in der Bevölkerung verstärkt, da ein großer Teil der Kubaner (2013 waren es 40 Prozent) keinen Zugang zum CUC hatte. Die Folge war, dass dringend benötigte Fachkräfte sich fachfremde Tätigkeiten, zum Beispiel im Tourismussektor, suchten.

Wie schon aus dieser kurzen Zusammenfassung deutlich wird, waren und sind die ökonomischen und sozialen Probleme enorm. Das war aber nicht anders zu erwarten. Es ist schon eine enorme Leistung des kubanischen Volkes und seiner Regierung, nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa einen solchen Prozess auf Kuba zu verhindern. Die geschilderte Notlösung, die zur Rettung der Revolution notwendig war, war niemals als dauerhafte Lösung gedacht. 2008 bis 2010 gab es eine weitere Zuspitzung der Krise durch die Folgen von Hurrikans und der weltweiten kapitalistischen Krise. Die sich damit verschärfende Devisenknappheit, die durch konsequente Sparmaßnahmen bekämpft wurde, machte eine Aufhebung des Systems aber unmöglich.

Ab 2011 wurden aufgrund all dieser Probleme abermals Reformen diskutiert und beschlossen – auch 1975, 1986 und 1992/93 gab es bereits intensive Reformdiskussionen. Der jetzt durchgeführte Reformprozess hat also vor bereits zehn Jahren begonnen. „Wir können nicht mehr länger auf Messers Schneide balancieren“, sagte Raúl Castro damals. Eine Währungsreform, die die Abschaffung der doppelten Währung vorsah, wurde bereits damals geplant. Ein weiteres Thema war seinerzeit die Ineffizienz staatlicher Betriebe, die die Entwicklung der Produktivität einschränkte.

Im Jahr 2020 kam es zu einem Einbruch des Tourismus aufgrund der Coronapandemie. Unter anderem dieser Umstand führte dazu, dass die Importe 40 Prozent unter den Planzielfern lagen. Dies betraf wegen fehlender Futter- und Düngemittel auch die Landwirtschaft, es kam zu akuten Versorgungsproblemen. Bereits zuvor, 2019, war es auch wegen der Sanktionen im Energiebereich zu großen Problemen gekommen, was wieder zur Zirkulation des US-Dollars im Einzelhandel (in Form von Kreditkarten) führte.

Mitte 2020 wurden weitreichende Reformen eingeleitet:

- Produktions- und Dienstleistungsgenossenschaften (seit 2014 auch über den Landwirtschaftsbereich hinaus zugelassen) dürfen sich künftig frei gründen.

- Die Liste „erlaubter Berufe“ im Privatsektor wird durch eine Negativliste „nicht erlaubter“ ersetzt. Bisher waren 127 von 2.110 Berufen im Privatsektor erlaubt, jetzt sind nur noch 124 ganz oder teilweise ausgenommen. Zu diesen 124 gehören Berufe in Bildung, Gesundheit, Medien, Militär, Großhandel, Wasser- und Energiewirtschaft. Kaum Einschränkungen gibt es jedoch in den Bereichen Landwirtschaft, Baugewerbe, produzierende Industrie und IT. Gleichzeitig werden im landwirtschaftlichen Bereich die Vermarktungsmöglichkeiten für private Betriebe erweitert.
- Staatsbetriebe dürfen eigene Devisenkonten betreiben, Produkte und Preise gestalten und Exporte selbständig vornehmen, deren Gewinne zu 80 Prozent im Betrieb bleiben, um diesen auszubauen. Es gibt Sonderkonditionen für „Hochtechnologiebetriebe“ im staatlichen Bereich.
- Ab dem 1. Januar 2021 ist der CUC verschwunden und der Peso erhielt nun einen einheitlichen Wechselkurs von 24:1 zum US-Dollar, der für die gesamte Ökonomie gilt. Dadurch haben sich die Kosten für viele Staatsunternehmen enorm erhöht, was sich auch im Handel niederschlägt.
- Um dies auszugleichen, gilt seit Anfang des Jahres ein Mindestlohn von 2.100 Pesos. Durch neue Lohnskalen sollen die unteren Lohngruppen überproportional gewinnen. Einige Beispiele: Das Einstiegsgehalt einer Pflegekraft liegt jetzt bei 3.110 Pesos und steigt in vier Schritten auf 4.610 Pesos für die höchste Fortbildungsstufe. Der Lohn eines Grundschullehrers beträgt 4.010 Pesos. Ein Hochschuldozent verdient mit 5.060 Pesos genau gleich viel wie ein Familienarzt im ersten Jahr. Der Leiter einer Behörde oder ein Betriebsdirektor kann mit mindestens 7.310 Pesos rechnen. Ein Bürgermeister wird mit 7.660 Pesos, ein Gouverneur mit 8.510 Pesos entlohnt. Deutlich wird hier, dass die Lohnunterschiede im Vergleich zu kapitalistischen Ländern sehr gering sind. Die Lohnskalen gelten in allen staatlichen Unternehmen. Gleichzeitig sind in der Industrie sämtliche Beschränkungen für Prämien entfallen, die jetzt allein durch das Betriebsergebnis bestimmt werden, was bei gewinnbringenden Unternehmen dazu dient, Arbeitskräfte zu binden. Gleichzeitig ist klar, dass dies auch sehr negative Folgen haben kann. Erstmals gibt es auch Sozialabgaben zur Rentenfinanzierung von fünf Prozent sowie eine Einkommensteuer von drei beziehungsweise fünf Prozent je nach Einkommen.
- Die Mindestrente wurde von 280 Pesos auf 1.528 Pesos erhöht, wobei alle Renten um diesen Mindestrentenbetrag erhöht wurden.
- Insgesamt wird das Ziel verfolgt, „exzessive Subventionen und Gratisleistungen“ abzuschaffen, wie Miguel Díaz-Canel sagte. Sehr weitgehende staatliche Subventionen sollen zurückgefahren werden – dadurch steigen die Preise, während gleichzeitig die Löhne erhöht werden. Damit soll der Anreiz geschaffen werden, einer offiziellen Beschäftigung nachzugehen, was derzeit nur für 64 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Fall ist – 2011 waren es noch 76 Prozent. Im Rahmen dieser Politik werden nun auch Grundnahrungsmittel zum Erzeugerpreis verkauft, was teils zu erheblichen Preissteigerungen führt (ein Beispiel: Ein Pfund Reis kostet nun statt 0,25 Pesos sechs Pesos). Dies bezieht sich nicht auf die Sonderzuteilungen etwa für Kleinkinder und nicht auf Medikamente. Dass damit die Gefahr einer Inflation entsteht, liegt auf der Hand. Daher wurde für den Privatsektor ein maximaler Faktor von 3 für Preiszuwächse definiert (während die staatlichen Löhne um einen Faktor 4,9 gewachsen sind).
- Für staatliche Betriebe, die in finanzielle Probleme geraten, gibt es einen Sonderfonds für Hilfskredite. Die Betriebe sollen jedoch aus eigener Kraft in die „schwarzen Zahlen“ kommen. Hierbei handelt es sich um Produktionsbetriebe, nicht um Infrastrukturbetriebe.

Bei all dem wird betont, dass der sozialistische Entwicklungsweg dadurch nicht verlassen, sondern gestärkt werden soll – die sozialen Garantien für die Bevölkerung und die Errungenschaften etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen sollen erhalten bleiben.

Inwieweit diese Reformen erfolgreich sein werden, wird sich zeigen müssen. Sicher bergen sie eine Menge Gefahren durch die Zunahme des Privatsektors. Hier wird gewiss sehr viel von geeigneten Kontrollmaßnahmen abhängen – und sicher auch davon, wie der kapitalistische Privatsektor sich weiterentwickeln wird. Derzeit sind alle Großunternehmen noch in staatlicher Hand – eine Änderung scheint bislang nicht geplant zu sein.

Einen Monat nach Beginn dieser Reformen, im Februar dieses Jahres, haben Vertreter der kubanischen Regierung eine erste Zwischenbilanz gezogen. Es gab erhebliche Einsparungen beim Energieverbrauch (in Havanna wurde um 18 Prozent weniger verbraucht als erwartet). 80.000 Personen, die bisher im informellen Sektor beschäftigt waren, haben sich bei den Arbeitsämtern gemeldet – die Hälfte konnte vermittelt werden. Es gibt allerdings auch Fälle überhöhter Preise und Versorgungsprobleme, vieles ist nur über den Schwarzmarkt erhältlich. Der massive Devisenmangel besteht nach wie vor, was mit dem Einbruch des Tourismus zusammenhängt.

Eine ausführlichere Bilanz der bisherigen Ergebnisse der Reformen wird sicher beim Parteitag der KP Kubas gezogen werden, der dieser Tage (16.–19. April 2021 – Red.) stattfindet.

Obwohl ich mich in dem Referat vor allem auf ökonomische Prozesse konzentriert habe, sollte auch die 2019 in einem Referendum breit bestätigte und zuvor ebenso umfassend diskutierte neue Verfassung erwähnt werden, denn diese macht deutlich, dass für Kuba tatsächlich nicht von einer Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen die Rede sein kann. Gleichzeitig sind in der Verfassung auch die neuen Herangehensweisen in der Ökonomie definiert. In der Verfassung ist die führende Rolle der KP als marxistische und leninistische Partei festgehalten sowie der Aufbau des Sozialismus bis hin zu einer kommunistischen Gesellschaft (diese wurde im Zuge der Verfassungsdiskussion in die Verfassung aufgenommen). Die Partei wird nunmehr allerdings als „organisierte Avantgarde der kubanischen Nation“ bezeichnet statt – wie in der alten Verfassung – als „marxistisch-leninistische Avantgarde der Arbeiterklasse“.

Auch hinsichtlich der Ökonomie wird in der Verfassung die staatliche Planung und Kontrolle festgeschrieben:

„Die Konzentration von Eigentum bei natürlichen oder juristischen, nicht staatlichen Personen wird vom Staat reguliert, der darüber hinaus eine immer gerechtere Verteilung des Reichtums garantiert, um die mit den sozialistischen Werten von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit vereinbarten Grenzen einzuhalten.“

Die vorherrschende Rolle der Planung und des sozialistischen Staatsbetriebs wird auch im finalen Text weiter beibehalten, allerdings genießen diese im Unterschied zur 1976er-Verfassung heute Autonomie in der Verwaltung, womit der in den letzten Jahren erfolgten Gründung staatlicher Unternehmensgruppen, welche die Ministerien bei der direkten Steuerung der Wirtschaft ablösen, Rechnung getragen wird. Artikel 27 führt aus:

„Das sozialistische Staatsunternehmen ist Hauptgegenstand der nationalen Ökonomie. Es verfügt über Autonomie in seinem Management und seiner Verwaltung, übt die wichtigste Rolle bei der Herstellung von Waren und Dienstleistungen aus und kommt seinen sozialen Verpflichtungen nach.“

Neu hinzu kam Artikel 20, der die Beteiligung der Arbeiter an der Planung regelt:

„Die Arbeiter beteiligen sich an den Planungsprozessen, an der Regulierung, Verwaltung und Kontrolle der Wirtschaft. Das Gesetz reguliert die Beteiligung der Arbeitskollektive im Management und der Verwaltung der staatlichen Unternehmenseinheiten sowie den vom Staat budgetierten Einrichtungen.“

Interessant ist es nun, die Reformen in Kuba in einen Gesamtzusammenhang zu bringen. Welche Rolle spielen Marktmechanismen und sogar kapitalistische Wirtschaftssektoren bei der Entwicklung eines sozialistischen Systems? Das lässt sich sicher nicht allgemein beantworten. Wie die Neue Ökonomische Politik in der frühen Sowjetunion war der Beginn der Wiederezulassung von Privatunternehmen auf Kuba das Ergebnis einer extrem schwierigen wirtschaftlichen Lage der Insel aufgrund des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems, in das man im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung eingebunden war. Auch in der VR China war offenbar eine erhebliche Produktivitätssteigerung (das heißt Produktivkraftentwicklung) ohne Nutzung von Marktmechanismen – also kapitalistischer Methoden, wenn auch unter Kontrolle eines Staates, in dem die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist – nicht erreichbar.

Die Erfolge dieser Strategie sind im ökonomischen Bereich deutlich sichtbar. Ebenso die Gefahren, denn klar ist auch, dass Kapitalismus – selbst unter Kontrolle der Arbeiterklasse – Kapitalismus hervorbringt. Dies gilt im Übrigen nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für Genossenschaften, die im Sozialismus immer auch ein Bereich sind, in dem kapitalistische Eigentumsverhältnisse bewahrt werden. Offen ist aber die Frage, wie diese kapitalistischen Sektoren im Zuge der weiteren Entwicklung des Sozialismus wieder zurückgedrängt werden können. Denn dass dies notwendig ist, um die Ware-Geld-Beziehungen überhaupt zu überwinden, liegt auf der Hand. In der VR China ist jetzt eine wieder verstärkte staatliche Einflussnahme auf die privaten kapitalistischen Unternehmen zu beobachten, aber genauso eine Ausweitung von Marktmechanismen bei der Leitung staatlicher Unternehmen. Die Frage, inwieweit eine Abkehr von solchen

Mechanismen unter der Voraussetzung der Dominanz des Imperialismus und eines kapitalistischen Weltmarkts überhaupt möglich ist, ist sicher nicht schnell zu lösen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es bis Anfang der 60er-Jahre in der Sowjetunion (wo so gut wie alle Produktionsmittel mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Genossenschaften, in denen aber auch der Boden staatlich blieb, in staatlicher Hand waren) eine bereits sehr konkrete Diskussion gab, die zunehmende Ineffizienz der zentral gelenkten Wirtschaft durch Methoden der Datenverarbeitung (wo die Sowjetunion damals noch führend war) zu beseitigen, einen großen Teil der Werktätigen in die Leitung einzubeziehen und so auch in der Perspektive die Warenproduktion aufzuheben. Es handelte sich um das gesamtstaatliche automatisierte System zur Datenerhebung und -verarbeitung, an dem führend der sowjetische Kybernetiker Wiktor Michailowitsch Gluschkow mitarbeitete. (Auf die damaligen wissenschaftlichen Ausarbeitungen wurde kurzzeitig erfolgreich bei der Planung für staatliche Betriebe in Chile unter der Allende-Regierung zurückgegriffen). Mit den Kossygin'schen Reformen wurde dieses Projekt zugunsten von marktwirtschaftlichen Mechanismen – ohne Verstärkung der privaten Sektoren – aufgegeben. Zumindest unter diesen Bedingungen war dies nicht erfolgreich. Die Sowjetunion verlor in den darauffolgenden Jahrzehnten in vielen Bereichen ihre führende Position, was schließlich zur Niederlage des Sozialismus dort führte – wenn die Arbeiterklasse einmal die Macht ergriffen hat und eine sozialistische Entwicklung eingeleitet hat, ist das eben kein unumkehrbarer Prozess, wie bis in die 80er-Jahre oft gesagt wurde.

Genauso wenig bedeutet aber die – zeitweilige – Nutzung von Marktmechanismen und sogar privatwirtschaftlichen kapitalistischen Sektoren der Wirtschaft, dass die sozialistische Entwicklungsrichtung aufgegeben wurde. Das ist weder in der VR China noch in Vietnam oder Kuba der Fall, wo derzeit überall eine vergleichbare Entwicklung zu beobachten ist.

Entscheidend ist hier die Frage der politischen Macht der Arbeiterklasse, die einen sozialistischen Entwicklungsweg sicherstellen kann. Wie die damit verbundenen offenen Fragen gelöst werden, ist eine Frage der Weiterentwicklung und der wissenschaftlichen Diskussion in den genannten Ländern und der kommunistischen Weltbewegung überhaupt.

Für uns als Kommunisten ist die Solidarität mit den Ländern, die einen sozialistischen Entwicklungsweg verfolgen, von großer Bedeutung, also auch die Solidarität mit Kuba. Sehr wichtig ist hier, gerade die Solidarität mit dem Sozialismus in diesen Ländern politisch deutlich zu machen, auch angesichts aller Versuche, sich davon zu verabschieden. In Falle von Kuba ist dies auf der einen Seite bei der Linkspartei zu beobachten, die im Parteivorstand einstimmig eine Resolution zur „Solidarität mit Kuba“ verabschiedet hat, in der der Dialog mit konterrevolutionären Kräften gefordert wird. Trotz zusätzlicher Äußerungen wurde dieser Beschluss nicht zurückgenommen. Und die Solidarität mit Kuba beschränkt sich in der Linkspartei häufig auf Forderungen nach Aufhebung der Blockade – wo sie sich mit der EU in einer Reihe sehen können – und bezieht sich nicht auf den sozialistischen Entwicklungsweg. Auf der anderen Seite sind in der linken Bewegung Kräfte vorhanden, die die sozialistische Entwicklung Kubas aufgrund der oben skizzierten Wirtschaftsreform grundsätzlich infrage stellen (dieselben Kräfte tun dies auch im Falle der VR China oder Vietnams) und den kubanischen Präsidenten Díaz-Canel als Konterrevolutionär bezeichnen.

Deswegen muss es von unserer Seite heißen: Uneingeschränkte Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!

Neben der genannten politischen Solidarität kommt gerade im Falle Kubas noch hinzu, dass dieses kleine Land vor den Toren der USA liegt und seit Jahrzehnten von Wirtschaftsblockaden und unmittelbaren Angriffen des US-Imperialismus betroffen ist. Deswegen ist hier auch unsere materielle Solidarität in Absprache mit den kubanischen Genossinnen und Genossen sehr wichtig. Ein weiterer Schritt dazu ist, dass wir vor wenigen Wochen 15.000 Euro an Spenden für die Beschaffung dringend benötigten medizinischen Materials übergeben konnten.



Behrens, Uwe  
"Feindbild China"

Erste Auflage 2021  
221 Seiten

€ 15,00



Schuhler,  
Conrad  
"Wie weit noch  
bis zum Krieg?"

Paperback,  
143 Seiten

€ 12,90

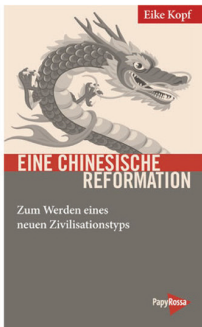


Fülberth, Georg  
"Sozialismus"

4., aktualisierte und  
erweiterte Auflage

Pocketformat,  
119 Seiten

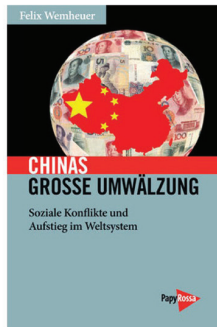
€ 9,90



Kopf, Eike  
"Eine chinesische  
Reformation"

Pocketformat,  
151 Seiten

€ 12,90



Wemheuer,  
Felix  
"Chinas große  
Umwälzung"

271 Seiten, mit  
Abbildungen

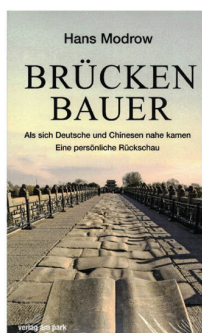
€ 16,90



Kronauer, Jörg  
"Der Rivale"

296 Seiten

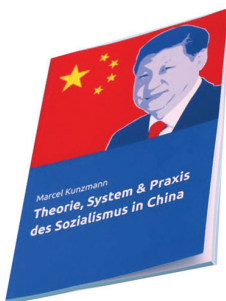
€ 26,00



Modrow, Hans  
"Brückenbauer"

Februar 2021  
234 Seiten

€ 15,00



Kunzmann,  
Marcel  
"Theorie, System  
& Praxis des  
Sozialismus in  
China"

124 Seiten mit 6  
Abbildungen

€ 9,90



Hermsdorf, Volker  
"Kubanische  
Revolution"

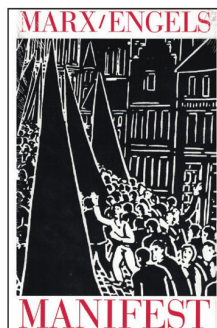
Pocketformat,  
141 Seiten

€ 9,90



Schleifstein, Josef  
"Einführung in das  
Studium von Marx,  
Engels und Lenin"

€ 9,90



Marx/Engels  
"Manifest der  
Kommunistischen  
Partei"

€ 9,90



Roesler, Jörg  
"Geschichte  
der DDR"

Pocketformat,  
130 Seiten

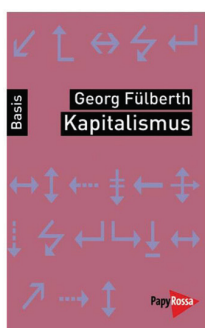
€ 9,90



Landefeld, Beate  
"Revolution"

Pocketformat,  
146 Seiten

€ 9,90



Fülberth, Georg  
"Kapitalismus"

Pocketformat,  
127 Seiten

€ 9,90



UZ-Dokumentation  
"70 Jahre DDR –  
Ein neues, besse-  
res Deutschland  
soll es werden"  
DIN A5, 78 Seiten

€ 3,00

**Viele weitere aktuelle Bücher im Shop**

**Hunderte antiquarische Bücher unter:**

**[shop.unsere-zeit.de/antiquariat/](http://shop.unsere-zeit.de/antiquariat/)**

**uzshop.de**  
**shop@unsere-zeit.de,**  
**Tel.: 0201 17788925**



T-SHIRTS HOODIES HALSTÜCHER BAGS  
 FAHNEN BÜCHER ANTIQUARIAT MÜTZEN  
 TRANSPARENTE TASSEN ANSTECKER CDS  
 FLYER UND VIELES MEHR



Frieden



team revolution



Faust



Che



Antifaschistische  
Aktion



Taube & Stern



Lenin



Unsere Krisenberater



Rosa & Karl



Gespent des  
Kommunismus



Love Music  
Hate Racism



Brecht – Ändere die  
Welt, sie braucht es

**uzshop.de**

E-Mail: [shop@unsere-zeit.de](mailto:shop@unsere-zeit.de), Tel.: 0201 17788925